

19.05.2020

Gerd Mannes berichtet aus dem Landtag



Liebe Bürger, Parteifreunde und Interessierte,

die Coronakrise ist überwunden. Längst zeigen die Zahlen, dass das Gefährdungspotenzial des neuartigen Coronavirus überschätzt wurde. Und auch die tiefgreifenden Maßnahmen haben sich als weitgehend wirkungslos erwiesen, weil die Neuinfektionen laut Robert-Koch-Institut bereits seit 16. März rückläufig sind – also bereits vor dem Lockdown und ganz ohne Maskenpflicht oder Abstandsregelungen.

Nachdem also feststand, dass die Infektionszahlen stark zurückgehen, forderte ich bereits Anfang April die schrittweise Reaktivierung der Wirtschaft unter Einhaltung der Hygieneregeln. Denn ich wollte den wirtschaftlichen und damit gesellschaftlichen Schaden für unser Land begrenzen. Auch wollten ich und meine gesamte Fraktion verhindern, dass es zu einer größeren Arbeitslosigkeit kommt. Denn längst war klar, dass die Ausbreitung des Virus zurückgeht.

In den Medien wurde ich dafür zunächst stark kritisiert, doch kurz darauf wurden auch von anderer Seite entsprechende Forderungen laut. Besonders die kleinen und mittleren Unternehmen drängten auf ein schnelles Ende der Beschränkungen, denn das Wasser stand ihnen bereits buchstäblich bis zum Hals.

Ende April wurde dann immer deutlicher, dass der Lockdown zur größten Rezession der Nachkriegsgeschichte führen wird. Von allen Seiten wurde deswegen darauf gedrängt, die weitgehend überflüssigen Maßnahmen sofort aufzuheben. Doch die Regierung nutzte die Zeit lieber, um die Menschen weiter zuhause einzusperrn, tausende Existenzen zu zerstören und unsere Wirtschaft vollends zu ruinieren.

Die Bundesagentur für Arbeit berichtet, dass seit Beginn der Corona-Krise 10,1 Millionen Arbeitnehmer für Kurzarbeit angemeldet wurden. Dies ist ein schockierender Rekord, denn selbst nach der verheerenden Finanzkrise 2008/2009 waren lediglich 3,3 Millionen Arbeitnehmer von Kurzarbeit betroffen. Auch die Zahl der Arbeitslosen ist für den April auf ein Rekordhoch gestiegen: Im Vergleich zum April des letzten Jahres sind aktuell über 415.000 Menschen mehr ohne Job – insgesamt also rund 2,7 Millionen Arbeitnehmer.

Die jüngsten Vorschläge der Regierenden zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage sind nicht durchdacht und ungerecht. Söders aktueller Vorstoß für eine 10.000 €-Kaufprämie für Neuwagen ist der falsche Weg. Vielmehr brauchen wir eine Entlastung aller Haushalte, insbesondere der kleinen und mittleren Einkommen durch Erhöhung der Freibeträge und eine Senkung der Mehrwertsteuer, was besonders Geringverdiener und die Mittelschicht entlastet. Hier hat die AfD das bessere Wirtschaftskonzept, doch Merkel, Söder und Co. wollen lieber auf ihrem Holzweg bleiben. Damit werden sie zwar den Konzernen die Umsätze sichern, für die kleinen Unternehmen und den Mittelstand wird ein solcher Weg jedoch in den Abgrund führen.

Der Lockdown ist und bleibt eine Katastrophe für unser Land. Nun rechtfertigt die Staatsregierung ihr Vorgehen damit, dass man so die Ausbreitung des Coronavirus gestoppt hätte. Doch schaut man sich beim Robert-Koch-Institut den zeitlichen Verlauf der Neuinfektionen an, so muss man nüchtern feststellen: Der Lockdown war weitgehend überflüssig und kam noch dazu viel zu spät. Man hätte also bereits deutlich früher das öffentliche Leben und die Wirtschaft unter Einhaltung von Sicherheitsregeln reaktivieren können. Den größten Schaden hätte man damit abwenden können. Dass Herr Söder sich

19.05.2020

angesichts dieser Tatsache nun mit medialer Unterstützung als erfolgreicher Krisenmanager feiert, finde ich erstaunlich.

Doch wenn nun tausende Unternehmen in die Insolvenz gehen und die Pleitewelle so richtig ins Rollen kommt, werden die Leute sagen: Das war vermeidbar, Herr Söder.

Abschließend möchte ich noch auf einige Dinge hinweisen, die von unseren Leitmedien und von unserer Staatsregierung in den letzten Monaten eher gemieden wurden: Es fällt unangenehm auf, dass unter dem Deckmantel der Krise viele Ideen zur Überwachung der Bürger herumgereicht oder gar eingeführt werden - wogegen sich erfreulicherweise Widerstand in der Bevölkerung regt. Bürgerrechte müssen erhalten bleiben. Die Freiheit, mit Bargeld zu zahlen, ist ebenso wenig verhandelbar wie die Bewegungsfreiheit ohne digitale Überwachung. Auch die freie Entfaltung von Unternehmertum und die uneingeschränkte Reisefreiheit dürfen von den Regierenden nicht länger eingeschränkt werden.

Staats- und Bundesregierung erwecken letztlich auch den Eindruck, dass die Coronakrise als Ausrede benutzen wird. Eine Ausrede dafür, dass die verkorkste Europolitik nun bereits zum zweiten Mal eine Banken- und Konzernrettung auf Kosten des Steuerzahlers erforderlich macht. Und eine Ausrede dafür, die weitere Enteignung vor allem der Mittelschicht voranzutreiben. Die Milliarden, die unsere Regierung nun gönnerhaft an die geschundene Wirtschaft verteilt, müssen irgendwo herkommen. Steuerzahler und Sparer im Freistaat werden die Zeche zahlen. Wir als AfD werden uns deswegen dafür einsetzen, dass eine lückenlose Aufklärung der vergangenen Monate erfolgt. Die Bürger haben ein Recht darauf zu erfahren, ob das alles wirklich „alternativlos“ war.

Ihr Gerd Mannes

